

Entschließungsantrag

der Fraktion der PDS

zu der dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2001 – Drucksachen 14/4000, 14/4302, 14/4522, 14/4523 –

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die Beschlussfassung zum Bundeshaushalt 2001 steht am Beginn der zweiten Halbzeit der rot-grünen Bundesregierung. Wie schon der Etat 2000, so befindet sich auch der für 2001 nur bedingt im Einklang mit den Wahlversprechen und der Koalitionsvereinbarung von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Teilweise werden sie sogar gebrochen. Statt mit den Bundesausgaben und -einnahmen nachhaltige Impulse zu setzen für mehr existenzsichernde Arbeitsplätze, soziale Ungerechtigkeiten rasch abzubauen, endlich den selbsttragenden Aufschwung in den neuen Bundesländern einzuleiten und die Angleichung der Lebensverhältnisse der Menschen im Osten an die im Westen zu beschleunigen, ist die Reduzierung der Nettokreditaufnahme zum überragenden Ziel der Haushaltspolitik geworden. Den ehrgeizigen Plan des Bundesministers der Finanzen, die neuen Schulden gegenüber dem Vorjahr von 49,5 Mrd. DM auf 46,1 Mrd. DM zu reduzieren, unterboten die rot-grünen Haushälterinnen und Haushälter im Laufe der Etatberatungen noch um 2,4 Mrd. DM. Die Ausgaben sinken um 1,7 Mrd. DM gegenüber dem Ansatz.

Bei aller Bedeutung, die einer rückläufigen Nettokreditaufnahme und dem beginnenden Abbau des Schuldensockels im Interesse zukünftiger Generationen zukommt – zum Selbstzweck darf dieser Vorgang nicht werden. Zukunftsvorsorge hat mehr Facetten, als dass sie sich auf das Schuldenthema reduzieren ließe. Sie beginnt mit der entschiedenen Bekämpfung der aktuellen Arbeitslosigkeit. Anschubfinanzierungen auf dem Arbeitsmarkt, für eine Bildungs- und Innovationsoffensive, für den ökologischen Umbau sowie den Aufbau Ost können langfristig die öffentlichen Finanzen nachhaltiger verbessern als noch so große Sparsamkeit. Nicht nur Schulden, auch ungeklärte soziale und wirtschaftliche Probleme gefährden die Perspektiven künftiger Generationen.

2. Die von der Kohl-Regierung hinterlassene soziale Schieflage in der Gesellschaft wird auch mit dem zweiten eigenständigen rot-grünen Haushalt nicht substanziell korrigiert. Unterstützenswerte, gemessen an den Erfordernissen aber bescheidene Schritte auf einigen Gebieten, wie Verbesserungen für Familien mit Kindern, angehobenes Wohngeld und BAföG und auch der erhöhte Bundeszuschuss für die Rentenversicherung ändern daran nichts

Wesentliches. Angesichts des weiterhin hohen Sockels an Arbeitslosen, darunter 1,4 Millionen Langzeitarbeitslose, und des 2001 zu erwartenden Anstiegs der Arbeitslosenzahlen gegenüber den Prognosen, die dem Haushaltsentwurf zugrunde lagen, ist der auf 1,2 Mrd. DM geschrumpfte Zuschuss an die Bundesanstalt für Arbeit unzureichend, um durch aktive Arbeitsmarktpolitik Betroffenen eine neue Perspektive zu geben. Die komplette Streichung der Sachmittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wird das Aus für viele sozial und soziokulturell engagierte Vereine bedeuten. Der reduzierte Krankenversicherungszuschuss für Arbeitslosenhilfebeziehende geht zu Lasten der Beitragszahler oder führt zu geschmälernten Leistungen der Kassen. Der Kürzung unterliegen 2001 auch die Zuschüsse an die landwirtschaftliche Unfallversicherung, die Künstlersozialkassen und die Pflegeversicherung. Im Unterschied zur Rente bleibt die Anpassung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe an die Nettolohnentwicklung ausgesetzt. Das alles wirkt sich negativ auf die Binnennachfrage aus. Hinzu kommt, dass der Bund durch die beschlossene Steuerreform und die beabsichtigte Rentenreform den Ländern und Kommunen einen unverhältnismäßig hohen Anteil an Lasten zuschiebt und ihre finanziellen Spielräume weiter einschränkt.

3. Die Bundesregierung versäumt es, die vor allem äußeren Faktoren geschuldete günstige konjunkturelle Lage für die Schaffung neuer existenzsichernder Arbeitsplätze und der notwendigen Ausbildungsplätze, insbesondere in Ostdeutschland, zu nutzen. In den Jahren 2000/2001 kann der Bund mit 8,3 Mrd. DM erhöhten Steuereinnahmen und mit milliardenschweren Privatisierungserlösen rechnen. Im Jahr 2000 sind ihm 100 Mrd. DM Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Mobilfunklizenzen zugeflossen. Aber für einen Einstieg in die schrittweise Überwindung der zweigeteilten Wirtschaft und des geteilten Arbeitsmarktes des Landes gibt der Haushalt keine Impulse. Sie sind jedoch angesichts des Abwanderns junger und gut qualifizierter Menschen, der schwierigen Lage der kleinen und mittleren Unternehmen sowie vieler Selbständiger, des zu erwartenden Bevölkerungsrückgangs und der bevorstehenden Osterweiterung der EU für die Stabilisierung der ostdeutschen Wirtschaft besonders dringlich. So sehr die Auflage eines „Zukunftsinvestitionsprogramms für zusätzliche zukunftsorientierte Maßnahmen“, finanziert durch Zinsersparnisse infolge der für Schuldentilgung eingesetzten UMTS-Erlöse, und dabei auch die „Initiative regionale Wachstumskerne in den neuen Ländern“ ein Schritt in die richtige Richtung ist, bleibt sie doch mit einem Gesamtvolumen von nur 600 Mio. DM für Bildung und Forschung weit hinter den von der Bundesregierung selbst geweckten Erwartungen zurück. Zinsersparnisse werden überproportional für Investitionen in Beton statt in Köpfe genutzt. Unverhältnismäßig aufgestockt wird angesichts noch fehlender gesetzlicher Regelungen für die Nutzung der Genomforschungsergebnisse. Überfällige qualitative Veränderungen in der Bildungspolitik – einem für die öffentliche Daseinsvorsorge ausschlaggebenden, nahezu zwei Jahrzehnte sträflich vernachlässigten Politikbereich – werden nicht eingeleitet.
4. Der Haushaltsentwurf bestärkt nach wie vor bestehende Zweifel an der Absicht der Regierung, den Einstieg in einen ökologischen Umbau ernsthaft anzustreben. Der Umweltetat soll zwar um 2,7 Prozent steigen. Das resultiert aber vor allem aus dem Anstieg der Ausgaben im Endlagerbereich.

Der rot-grüne Umweltetat 2001 liegt im Vergleich zum letzten Etat der Kohl-Regierung im Jahre 1998 um 7,8 Prozent niedriger. Weitere Kürzungen sind geplant: vom Jahr 2000 bis zum Jahre 2003 soll der Stammhaushalt des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit insgesamt um 95,8 Mio. DM reduziert werden. Die Kürzungen gehen insbe-

sondere zu Lasten der Programmtitel im Naturschutzbereich und auf Kosten der Investitionen zur Verminderung der Umweltbelastung.

Der Ausstieg aus der Atomenergie findet sich im Umweltetat kaum in den Zahlen wieder. Während bei der Endlagerproblematik in Deutschland herumlaviert wird, plant die Bundesregierung indirekt die Unterstützung der Fertigstellung von Atomkraftwerken im Ausland. Die Fortführung der ökologischen Steuerreform schafft keine zusätzliche Finanzierungsgrundlage für den ökologischen Umbau, weil deren Einnahmen kaum dafür, sondern fast vollständig für die Senkung der Lohnnebenkosten verwendet werden.

5. Obwohl für die Entwicklung Ostdeutschlands nach wie vor erhebliche Mittel aus dem Bundeshaushalt bereitgestellt werden, gehen die Zuweisungen insgesamt und bei der Mehrzahl der Posten zurück. Bei Forschung und Entwicklung in den neuen Bundesländern beträgt der Rückgang gegenüber dem Jahr 2000 15 Mio. DM. Für die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur werden 299 Mio. DM weniger ausgereicht. Im Bereich der Treuhandnachfolgeeinrichtungen sollen sich die mit den Einnahmen saldierten Ausgaben gegenüber dem laufenden Jahr von 1,2 Mrd. DM auf 0,7 Mrd. DM verringern. Für Strukturanpassungsmaßnahmen wurden im Jahr 2000 noch 1,7 Mrd. DM aus dem Bundeshaushalt bereitgestellt. Im nächsten Jahr sollen die Kosten dafür ausschließlich von den Beiträgen der Arbeitslosenversicherten getragen werden. Im sozialen Wohnungsbau beträgt der Rückgang 103 Mio. DM. Die Finanzhilfen für Pflegeeinrichtungen in den neuen Ländern gehen gegenüber dem laufenden Jahr um 58 Mio. DM zurück. Das Hochschulsonderprogramm, für das 2000 noch 32 Mio. DM bereitgestellt wurden, läuft im Jahr 2001 aus. Insgesamt zeigt die Entwicklung in Ostdeutschland, dass die Bundesregierung nach wie vor über kein schlüssiges Konzept für die neuen Bundesländer verfügt.

Die von der Bundesregierung für 2001 vorgesehenen Kürzungen bei der Kulturförderung und für die Stiftung „Für das sorbische Volk“ wurden erst nach massivem Druck der Opposition in den Haushaltsberatungen zurückgenommen.

6. Der Haushalt enthält kaum Impulse für kleine Unternehmen, Handwerkerinnen, Handwerker und Gewerbetreibende. Großunternehmen, Banken und Versicherungen sowie die vermögenden Bevölkerungsschichten werden auch im Jahre 2001 unzureichend zur Konsolidierung der Staatsfinanzen herangezogen. Während die Steuererleichterungen infolge der Steuerreform in einer Reihe kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) vielleicht zum Erhalt bestehender und der Schaffung neuer Arbeitsplätze anregen, werden große und ertragsstarke Unternehmen wie schon in den vergangenen Jahren die Steuergeschenke vorrangig zur Erhöhung spekulativer Geldanlagen und für den Erwerb in- und ausländischer Unternehmensbeteiligungen und nicht für einen entsprechenden Aufbau neuer Arbeitsplätze einsetzen. Dass die Bundesregierung die Rahmenbedingungen für die arbeitsplatzschaffenden KMU unzureichend stabilisiert, wird u. a. an der wiederum gestiegenen Zahl der Insolvenzen deutlich. Die Zunahme beträgt im 1. Halbjahr 2000 gegenüber dem 1. Halbjahr 1999 25 Prozent. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen stieg dabei um 5 Prozent. Es bedurfte erst eines Hungerstreiks von Handwerkerfrauen, ehe im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie für 2001 ein Soforthilfefonds für unschuldig in Not geratene Handwerkerinnen und Handwerker eingerichtet werden konnte.
7. Auf Grund der Situation auf dem Arbeitsmarkt, der Bildungs- und Ausbildungsmisere sowie angesichts des Anwachsens einer von rechtem Gedankengut geprägten Jugendkultur und der Zunahme rechtsextremistischer und

rassistischer Gewalt bedarf es besonderer gesellschaftlicher Anstrengungen für die Entwicklung der jungen Generation. Die Ausgaben für die Jugendpolitik wurden seit den 80er Jahren unter der CDU/CSU/FDP-Regierung drastisch reduziert. Zugleich sind infolge der unzureichenden Finanzkraft der Kommunen viele Kinder-, Jugend- und Sporteinrichtungen geschlossen worden, was die dringende Belegung und den Ausbau der präventiven Jugendarbeit behindert.

Zu begrüßen ist die Etatisierung von „Härteleistungen für Opfer rechtsextremistischer Übergriffe“ und die „Förderung von Modellprojekten zur Beratung, Ausbildung und Unterstützung von Initiativen gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern“. SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN waren in den Haushaltsberatungen jedoch nicht bereit, weitere Mittel insbesondere für Forschungs- und Bildungsaufgaben für Vorhaben zur Bekämpfung des Rechtsextremismus bereitzustellen. Allein eine Umschichtung von Mitteln innerhalb des Einzelplans des Bundesministeriums des Innern und ein Bemühen um zusätzliche Mittel von der Europäischen Union reichen bei weitem nicht aus.

8. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich völkerrechts- und grundgesetzwidrig am NATO-Krieg gegen Jugoslawien beteiligt. Der Haushalt enthält umfangreiche Mittel für Stationierungskosten in Jugoslawien. Die Bundesregierung modernisiert die Bundeswehr gemäß der neuen NATO-Strategie, die weltweite militärische Interventionen selbst ohne UNO-Mandat vorsieht und sie beteiligt die Bundeswehr führend am Aufbau einer europäischen Interventionsarmee. Rüstungsexporte werden im großen Stil fortgesetzt und mit staatlichen Bürgschaften abgesichert. Von der vor den Wahlen versprochenen Stärkung der internationalen Menschenrechtspolitik ist auch im Haushalt für das kommende Jahr nichts zu merken. Im Gegensatz dazu wird die Bundeswehr zunehmend als Instrument der Außenpolitik missbraucht. Im Haushalt 2001 wurde noch in der „Bereinigungssitzung“ des Haushaltsausschusses eine Verpflichtungsermächtigung für die Beschaffung eines Großraumtransportflugzeugs in Höhe von 10 Mrd. DM für die kommenden Jahren aufgenommen, während der Regierungsentwurf nur einen Leertitel enthielt. Es waren noch keine Ausgaben vorgesehen. Mit dem Transporter soll die Bundeswehr weltweit operieren können. Alle Sparanstrengungen und Begründungen für die Kürzungen von Sozialleistungen werden so ad absurdum geführt. Der Haushalt 2001 stellt den Einstieg in die größte qualitative Aufrüstung in der Geschichte der Bundeswehr dar. Bei neuen Milliardenbeträgen ist der Verteidigungsetat großzügig. Für Millionenbeträge reicht es nicht. Eine Anpassung der Ost-Gehälter für Zeit- und Berufssoldaten sowie Zivilbeschäftigte der Bundeswehr an Westniveau wird verweigert. Das würde aber weniger als 200 Mio. DM, also knappe 2 Prozent der genannten Verpflichtungsermächtigung, erfordern.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

in der gegenwärtig relativ günstigen wirtschaftlichen und finanziellen Situation mit ihrer Haushaltspolitik mehr für zukunftsfähige existenzsichernde Arbeitsplätze, für die Überwindung der „Teilung“ der deutschen Wirtschaft, für die Erhöhung der Innovationsfähigkeit des Landes und auf dieser Basis mehr für soziale Gerechtigkeit und die Bekämpfung des Rechtsextremismus zu tun.

Eine grundsätzliche Veränderung der Haushalts-, Steuer- und Abgabenpolitik ist erforderlich, um die von den Regierungsparteien vor den Wahlen 1998 den Wählerinnen und Wählern versprochene Wende hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit zu realisieren. Bei aller Notwendigkeit, die Staatsschulden im Interesse

künftiger Generationen schrittweise zu senken, darf die Haushaltssanierung nicht ausschließlich auf ein „Heraussparen“ aus Haushaltslöchern hinauslaufen. Notwendig ist ein „Herauswachsen“ durch die Organisierung eines robusten und nachhaltigen Aufschwungs.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich von neoliberalen Dogmen zu befreien und zu einer aktiven, gestaltenden Wirtschaftspolitik aufzubrechen.

Folgende Schwerpunkte stehen im Zentrum :

1. Einnahmeverbesserungen

Ansatzpunkt für höhere Einnahmen ist der Abbau der stark polarisierten Vermögensverteilung in der Gesellschaft. Schwerpunkte sind dabei eine am entsprechenden Urteil des Bundesverfassungsgerichts orientierte Regelung zur Besteuerung von Vermögen.

Durch intensivere Betriebsprüfungen bei Großunternehmen und Banken sowie eine bessere personelle und technische Ausstattung der Steuerfahndung können Einnahmeausfälle in Milliardenhöhe verhindert werden. Einen Schwerpunkt bildet die Bekämpfung der Umsatzsteuerhinterziehung bei Großunternehmen und Scheinfirmen. Nach Feststellungen des Bundesrechnungshofes wären allein hierdurch Steuermehreinnahmen von über 20 Mrd. DM erschließbar. Subventionsabbau für die Großindustrie steht nach wie vor auf der Tagesordnung. Allein die Streichung der Subventionen für Flugbenzin würde die Einnahmen des Bundes um 550 Mio. DM jährlich erhöhen.

2. Impulse für Wirtschaft und Beschäftigung, insbesondere in den neuen Ländern

Entscheidend für einen weiteren Abbau der Arbeitslosigkeit ist ein beschleunigter ökologischer Umbau mit kräftigen Impulsen für die Stärkung der Binnennachfrage. Nur das kann die Abhängigkeit von hohen Energiepreisen und einem in seinem Außenwert schwachen Euro mindern. Die in Koalitions- und Regierungskreisen für 2003 angedachte grundlegende Änderung der Ökosteuerverwendung hin zu langfristigen volkswirtschaftlichen Umbauprogrammen muss deshalb vorgezogen werden.

Im Interesse einer Stabilisierung der konjunkturellen Entwicklung mit entsprechenden Auswirkungen auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze, insbesondere in den neuen Bundesländern, werden folgende Maßnahmen eingeleitet:

- Gewährung einer kommunalen Investitionspauschale des Bundes. Für ostdeutsche Städte, Gemeinden und Landkreise sowie in strukturschwache Regionen Westdeutschlands wird aus UMTS-Erlösen eine kommunale Investitionspauschale des Bundes im Umfang von 3 Mrd. DM gewährt. Die Mittel sind zur Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen im sozialen, soziokulturellen und Bildungsbereich sowie für die Bauwirtschaft dringend erforderlich und können für viele kleine und mittlere Unternehmen sowie deren Beschäftigte neue Perspektiven schaffen.
- Auflage eines Programms des städtebaulichen Rück- und Umbaus leerstehender Wohnungen. Impulse auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere für die notleidende Bau- und Wohnungswirtschaft, können gegeben werden, wenn ein langfristiges Programm des städtebaulichen Rück- und Umbaus von über eine Million leerstehender Wohnungen in Ostdeutschland aufgelegt wird. Die Wohnungsunternehmen im Osten sind von den Altschulden auf dauerhaft leerstehende Wohnungen zu entlasten. Dafür sollen

3 Mrd. DM – das sind 3 Prozent der UMTS-Erlöse – in den nächsten 10 Jahren zur Verfügung gestellt werden.

- Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Insbesondere für Maßnahmen, die einen Übergang von Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt zum Ziel haben, wird der Bundesanstalt für Arbeit ein Zuschuss in Höhe von 2 Mrd. DM für aktive Arbeitsmarktpolitik gewährt. Sachkosten für ABM werden in Höhe von 300 Mio. DM eingestellt.
- Projekte zur Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. Zur Vorbereitung eines bundesweiten Feststellenprogramms für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen – als Einstieg in einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor – werden Modellprojekte in den alten und neuen Bundesländern realisiert – finanziert im Rahmen der Förderung und Erprobung innovativer Wege zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Eingestellt wird dafür die Förderung von Projekten zur untertariflichen Entlohnung von Arbeitslosen.
- Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Mit einem neuen Förderprogramm „Netzwerkmanagement Ost“ wird das Entstehen von Wirtschaftsnetzwerken und regionalen Wirtschaftskreisläufen zu Lasten traditioneller Programme gefördert.

3. Veränderungen in der Ausgabenpolitik, um kurzfristig gravierende soziale Ungerechtigkeiten abzubauen

Mit den vorhandenen Haushaltsmitteln werden – unter Berücksichtigung der aufgeführten Gegenfinanzierungsvorschläge – folgende Maßnahmen verwirklicht:

BAföG

Als ein Einstieg in eine wirkliche BAföG-Reform wird ein vom Einkommen der Eltern unabhängiger Zuschuss zum BAföG in Höhe von 500 DM ab 1. April 2001 monatlich gewährt. Das würde im Jahr 2001 ca. 0,7 Mrd. DM erfordern.

Künstlersozialkasse

Die Kürzung der Zuschüsse an die Künstlersozialkasse wird angesichts der sozialen Situation der überwiegenden Mehrheit der Künstlerinnen und Künstler sowie des gesellschaftlichen Interesses an einem breiten Kulturleben zurückgenommen. Das erfordert 38 Mio. DM.

Regelungen für von Strukturkrisen betroffene Bergleute

Die in Westdeutschland gültigen Regelungen für von Strukturkrisen betroffene Steinkohle-Bergleute werden auch auf die Untertage-Bergleute in den neuen Ländern angewandt. Die Kosten dafür bewegen sich in einem einstelligen Millionenbereich.

Angleichung der Besoldung im Wehr- und Zivildienst

Die Löhne, Gehälter und Bezüge der Ost-Zeit- und Berufs-Soldaten sowie Zivilbeschäftigten aus den neuen Bundesländern sollen an das Westniveau angeglichen werden. Das erfordert 176 Mio. DM.

4. Zur effektiveren Bekämpfung von Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit werden mit dem Haushalt 2001 folgende Mittel zusätzlich bereitgestellt:

- 125 Mio. DM zur Förderung der Arbeit antifaschistischer und antirassistischer Organisationen und Initiativen und für die Bundeszentrale für politische Bildung (u. a. für Erstellung und Verbreitung zielgruppenspezifischer Materialien zur Bekämpfung des Rechtsextremismus, Erforschung rechter politischer Strömungen und Einsatz der Ergebnisse dieser

Forschungen in der politischen Aufklärungsarbeit, Bekämpfung des Antisemitismus),

- 10 Mio. DM für die Einrichtung einer unabhängigen bundesweiten „Beobachtungsstelle gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus“,
- 2 Mio. DM für den Haushaltsansatz zur Sicherung und Betreuung der Friedhöfe der ehemaligen jüdischen Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland.

5. Die Sanierungszulage für die Deutsche Bahn AG im Rahmen der UMTS-Zinssparnisse wird konsequent für eine Instandsetzung von Langsamfahrstellen und den Erhalt der Nebenstrecken für den Personenverkehr bei bezahlbaren Tarifen genutzt. Darüber hinaus ist nach jahrzehntelanger Bevorzugung von Investitionen in den Straßenbau eine weitere Umverteilung zugunsten der Bahn im gesellschaftlichen Interesse dringend geboten. Den Beschäftigten der Bahn, die im Rahmen der Bahnreform schon bislang große Lasten zu tragen hatten, wird eine klare Beschäftigungsperspektive gegeben.

6. Förderung der Entwicklungszusammenarbeit

Entgegen der vorgesehenen Senkung der Entwicklungshilfe um 400 Mio. DM im Vergleich zu 1999 werden 600 Mio. DM aus dem Rüstungshaushalt in den Bereich der Entwicklungshilfe umgelenkt. Die Mittel werden vor allem zur Armutsbekämpfung eingesetzt, die auf dem jüngsten Millennium-Gipfel zur vorrangigen Aufgabe erklärt wurde. Sie werden insbesondere für den Aufbau von Sozialstrukturen, für Maßnahmen zur Reintegration von Fachkräften sowie zur Aus- und Fortbildung genutzt. Sie sollen im Interesse eines höheren Effekts größtenteils über die engagiert arbeitenden Kirchen- und Nichtregierungsorganisationen fließen. Zielgerichtet werden auch Mittel zur AIDS-Bekämpfung und zur Frauenförderung eingesetzt. Auch die Mittel für entwicklungspolitische Bildung werden im Interesse wirksamer Bekämpfung von Ausländerfeindlichkeit und Rechtsradikalismus verstärkt.

7. Ausgabenreduzierungen

Zur Finanzierung der aufgeführten Maßnahmen werden Ausgaben auf folgenden Gebieten reduziert bzw. Einsparungen vorgenommen:

Rüstungsausgaben

Auf einen beträchtlichen Teil der Rüstungsausgaben kann ohne Einschränkung der äußeren Sicherheit verzichtet werden. Eckpunkte sind dabei u. a.:

- Stopp des Umbaus der Bundeswehr zu einer Interventions- und Kriegsführungsarmee verbunden mit milliardenschweren Um- und Aufrüstungsvorhaben. Mit einem Verzicht auf den Eurofighter 2000, die neuen Kampfhubschrauber, das neue Großraumtransportflugzeug und auf die Einsatzgruppenversorger der Marine würde die Fähigkeit der Bundeswehr, die äußere Sicherheit des Landes zu garantieren, in keiner Weise beeinträchtigt werden,
- ein Moratorium für wehrtechnische Forschung und Entwicklung, um die gegenwärtige Welle rüstungstechnologischer Modernisierung zu bremsen.

Insgesamt wird eine Etatsenkung beim Bundesministerium der Verteidigung (46,8 Mrd. DM) in Höhe von 6,6 Mrd. DM realisiert. Mit einer globalen Minderausgabe von 1,2 Mrd. DM werden Mittel für eine „Zukunftssicherung durch Abrüstung und Entwicklung“ freigemacht. Davon werden 600

Mio. DM für den Aufbau eines Konversionsfonds eingesetzt. Der Verteidigungsetat würde dann noch 40 Mrd. DM umfassen. Die auch vom Bundesrechnungshof kritisierten Preisgleit-Klauseln für wehrtechnische Beschaffungen – eine Art Freibrief für Kostenüberschreitungen durch Rüstungsunternehmen – werden ausgesetzt, was zur Einsparung einer weiteren Mrd. DM führt.

Die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 10 Mrd. DM für die Beschaffung des zukünftigen Großraumtransportflugzeuges der Bundeswehr in den kommenden Jahren ist, wie der Titel überhaupt, zu streichen.

Ausbildungsplatz-Umlagefinanzierung

Das Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Höhe von 2 Mrd. DM kann durch eine Ausbildungsplatz-Umlage unter den Unternehmen überflüssig gemacht werden. Außerdem würden kleine Unternehmen, die überproportional viele junge Menschen ausbilden, entlastet werden. Großunternehmen, die vorrangig ihr Personal auf dem Arbeitsmarkt gewinnen, würden an den Ausbildungskosten beteiligt werden.

Stopp der Verschwendung öffentlicher Gelder

Bundesrechnungshof und der Bund der Steuerzahler haben zahllose Beispiele der Verschwendung öffentlicher Gelder aufgezeigt. Nach Einschätzung des Bundesrechnungshofes können bei konsequenter Beachtung der Prinzipien der Sparsamkeit einmalig mehrere Hundert Mio. DM erzielt werden. Zudem können danach in den kommenden Jahren Entlastungen in Milliardenhöhe erreicht werden. Die Bundesregierung soll 2001 ein Stufenprogramm zum Kampf gegen die Verschwendung öffentlicher Mittel erarbeiten und umsetzen. Aufzuklären sind die Ursachen, die zu einer milliarden-schweren Belastung der öffentlichen Hand (2,4 Mrd. DM) durch die EXPO 2000 in Hannover geführt haben, um weitere Schäden einzugrenzen.

Berlin, den 27. November 2000

Roland Claus und Fraktion